

Stadtverwaltung Erfurt . Amt 31.02 . 99111 Erfurt  
Mit Empfangsbekanntnis

Stadtverwaltung Erfurt  
Amt für Gebäudemanagement  
Löberwallgraben 19  
99096 Erfurt

Amt für Gebäudemanagement				
- 5. DEZ. 2025			Kopie	
			WV	
			Rü	
PE-Nr.:				
23	100	200	300	



LANDESHAUPTSTADT  
THÜRINGEN  
Stadtverwaltung

untere Wasserbehörde  
Umwelt- und Naturschutzamt

Kontakt  
Frau Britos  
Tel. 0361 655-2638  
Fax 0361 655-2609

Wasserrechtliche Erlaubnis Reg. Nr.: R/22/25/ILV

Zeichen:  
31.55 bri-02-KAN-7789

### 1. Ausfertigung

03.12.2025

Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409), und des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74) geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277)

Antrag vom 19.08.2025 auf Erteilung einer Erlaubnis zur Einleitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser auf dem Grundstück Vollbrachtstraße, 99089 Erfurt in der Gemarkung Ilversgehofen, Flur 10, Flurstück 4/87 in den Untergrund.

Die Stadtverwaltung Erfurt, untere Wasserbehörde, erlässt folgenden

### Bescheid

I.

Stadtverwaltung Erfurt, Amt für Gebäudemanagement, Löberwallgraben 19, 99096 Erfurt, wird

1. die unbefristete Erlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 in Verbindung mit (i. V. m.) den § 9 Abs. 1 Ziff. 4, § 10 Abs. 1 und § 57 WHG zur Einleitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser unter Einhaltung der unter Ziffer III. genannten Nebenbestimmungen in den Untergrund erteilt.
2. Zweck der Gewässerbenutzung:  
Die erlaubte Gewässerbenutzung dient der Beseitigung des nicht schädlich verunreinigten Niederschlagswassers von Weg-, Park- und Dachflächen über eine Rigole in den Untergrund.
3. Umfang der Gewässerbenutzung:  
Einleitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über eine Rigole in den Untergrund mit folgenden Einleitbedingungen:



#### Rigole:

maximale Einleitung von  $Q_s = 10,2 \text{ l/s}$  (Versickerungsrate) in Verbindung mit den abflusswirksamen Flächen entsprechend nachfolgender Tabelle:

Art der Fläche	Beschreibung der Fläche	Abfluss-beiwert	$A_u \text{ (m}^2\text{)}$
Dachfläche	Extensivbegrünung	0,30	135,0
Dachfläche	Kiesschüttung	0,80	76,0
Aus- und Einfacht	Asphalt	0,90	166,5
Gehwege	Dränsteine	0,25	43,75
Parkplatz	Dränsteine	0,25	108,75
Hausumrandung	Schotterrasen	0,20	14,0
<b>Gesamt</b>			<b>544,0</b>

- dem Bemessungsniederschlag  $r_{D,n} = r_{30 \text{ min}; 0,2} = 121,1 \text{ l/s} \cdot \text{ha}$

nach KOSTRA DWD 2020 Spalte 158 Zeile 140

-  $k_f$ -Wert der versickerungswirksamen Bodenschicht  $5 \cdot 10^{-4} \text{ m/s}$

#### 4. Örtliche Lage:

Grundstück: Vollbrachtstraße, 99089 Erfurt

Gemarkung: Ilversgehofen Flur: 10 Flurstücken: 4/87  
Messtischblatt: 4932

#### Koordinaten der Einleitstellen:

Rigole: N: 5652135,9 O: 641934,7 (ETRS89, UTM Zone 32N)

Gewässer: Grundwasser

wasserwirtschaftliches Schutz- und Vorbehaltsgebiet: nicht betroffen

Schutzgebiet nach Naturschutzrecht: nicht betroffen

#### 5. Kostenentscheidung

Die Entscheidung ergeht kostenfrei.

## II.

### Inhaltliche Bestimmungen

Dieser Bescheid ergeht unter Bezugnahme auf nachfolgend aufgeführte Unterlagen:

- Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis vom 19.08.2025 Amt für Gebäudemanagement
- Anlagenbeschreibung zur Regenwasserentwässerung Erfurt & Partner GmbH und Ingenieurbüro für Wärme- und Haustechnik IBP GmbH vom 28.07.2025
- Bemessungsbericht Versickerungsanlage und Behandlung REHAU vom 6.08.2025
- Geotechnischer Bericht Ingenieurbüro für Baugrund Erfurt GbR vom 29.04.2019
- Nachtrag zum geotechnischen Bericht Ingenieurbüro für Baugrund Erfurt GbR vom 24.07.2019
- Stellungnahme zur Versickerung Ing.-Büro für Baugrund Erfurt GbR vom 06.05.2020
- Lageplan mit Dachaufsicht Freiflächenplan M 1:100 vom 28.07.2025
- Plan Strangschema Regenwasser P25-037-GP-S-ST M 1:100 vom 28.07.2025
- Plan Grundriss Dachaufsicht P25-037-GP-S-GR-DA M 1:100 vom 28.07.2025
- Plan Schnitt Rigole P25-037-GP-S-Schn-LP M 1:50 vom 26.09.2025
- Lageplan zum Bauantrag KV99/25 M 1:1000

### III. Nebenbestimmungen

#### 1. Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage

Die Erlaubnis steht unter dem Vorbehalt, dass nachträglich zusätzliche Anforderungen erstellt bzw. Maßnahmen angeordnet werden können.

#### 2. Widerrufsvorbehalt

Die Erlaubnis ist widerruflich, insbesondere, wenn Auflagen nicht erfüllt und Bedingungen nicht eingehalten werden oder wenn tatsächliche oder rechtliche Gründe dies erfordern.

#### 3. Bedingungen

3.1 Die genehmigte Art, der Umfang und die örtliche Lage der Gewässerbenutzung sind einzuhalten.

3.2 Bei Veränderungen der dem Antrag auf Erteilung dieser wasserrechtlichen Erlaubnis zugrundeliegenden Angaben, Unterlagen und abgegebenen Erklärungen wird sie ungültig.

#### 4. Auflagen

4.1. Alle Anlagen, die zur Ausübung der mit diesem Bescheid gewährten Befugnis dienen, sind entsprechend dem jeweils in Betracht kommenden Stand der Technik zu betreiben und instand zu halten. Es ist eine ständige Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten.

4.2. Die ständige Kontrolle der Einhaltung der in dieser wasserrechtlichen Erlaubnis erteilten Auflagen und Bedingungen obliegt dem Gewässerbenutzer. Er ist verpflichtet, über alle beim Betrieb der wasserwirtschaftlichen Anlage auftretenden Unregelmäßigkeiten sowie über die laufende Wartung Aufzeichnungen vorzunehmen und diese der zuständigen Behörde auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen.

4.3. Die regelmäßige Wartung und Instandhaltung der Versickerungsanlagen obliegt dem Gewässerbenutzer. Er ist für den ordnungsgemäßen Zustand der Bauwerke und Ausrüstungen verantwortlich. Der Gewässerbenutzer haftet für Schäden, die aus der Errichtung und dem Betreiben der Anlage entstehen.

4.4. Die Versickerungsanlage ist mindestens halbjährlich vom Anlagenbetreiber zu kontrollieren und größere Stoffanreicherungen sind zu entfernen.

4.5. Die Vorschriften des DWA - Regelwerkes - A 138 "Planung, Bau und Betrieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser" vom Oktober 2024 sind unter Berücksichtigung der "Richtlinie zur Beseitigung von Niederschlagswasser in Thüringen" - Schriftenreihe der Thüringer Landesanstalt für Umwelt Nr. 16/96 - einzuhalten.

4.6. Die Mächtigkeit des Sickerraums, bezogen auf den mittleren höchsten Grundwasserstand (MHGW) muss mindestens 1,0 m betragen.

4.7. Das Vorhaben darf nur nach dem geprüften und genehmigten Bauausführungsprojekt ausgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Lage und Dimensionierung der Versickerungsanlagen. Wenn Abweichungen notwendig werden, ist dies vorab mit der unteren Wasserbehörde abzustimmen.

4.8. Das Niederschlagswasser muss vor dem Zulauf zu den Rigolen über Sedimentationsanlagen vorbehandelt werden.

- 4.9. Der Abstand der Versickerungsanlagen zu den Grundstücksgrenzen ist so zu wählen, dass eine Beeinträchtigung von Nachbargrundstücken auszuschließen ist.
- 4.10. Den Bediensteten der zuständigen Behörde ist jederzeit Zutritt zu den Anlagen und die behördliche Überprüfung zu gestatten.
- 4.11. Der Gewässerbenutzer hat der unteren Wasserbehörde die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Nutzungsanlagen spätestens 2 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.
- 4.12. Unter Berücksichtigung auf die Größe des Bauvorhabens ist entsprechend der Regelwerkanforderungen (u.a. DIN 1986-100) der sogenannte Überflutungsnachweis für eine 30-jähriges Starkniederschlagsereignis im Sinne der Starkniederschlagsvorsorge erforderlich. Für die Realisierung des dafür erforderlichen Rückhaltevolumens ist auf dem Grundstück avisierte Rigole vorgesehen. Diese weist laut vorliegenden Planungen dieses Volumen aus.  
Durch den Bauherrn und dessen Beauftragte ist durch die geeignete Bauausführung sicherzustellen, dass für derartige extreme Niederschlagsereignisse das zurück zu haltende Niederschlagswasser sicher der Rigole zugeführt werden kann.
- 4.13. Die Tiefbau-/Aushubarbeiten im Zuge der Errichtung der Versickerungsanlage sind durch einen geeigneten Bodengutachter fachgutachterlich zu begleiten. Hierbei ist sicherzustellen, dass insbesondere im Bereich der Baugrube der Rigole sowie der angrenzenden versickerungswirksamen Schichten keine maßgeblichen Bodenverunreinigungen bestehen, die beim späteren Betrieb der Versickerungsanlage zu einer Verfrachtung von Schadstoffen in den Untergrund bzw. die grundwasserführenden Schichten besorgen lassen.  
Werden derartige Horizonte beim Tiefbau angetroffen, ist die Untere Wasserbehörde zur Abstimmung der weiteren Maßnahmen hinzu zu ziehen. Seitens des Bauherrn sind in diesem Fall etwaige Mehraufwendungen (z.B. durch ergänzenden Bodenaustausch) zu tragen.
- 4.14. Das beim Tiefbau anfallende Erdaushub ist entsprechend den aktuell gültigen Anforderungen der aktuell gültigen Ersatzbaustoffverordnung zu deklarieren und die überschüssigen Massen einer entsprechenden Verwertung zw. Entsorgung zuzuführen. Erdstoffe und Aushub, die im hydraulisch wirksamen Randbereich der Versickerungsanlage zur Verfüllung genutzt werden, haben abseits der entsprechenden hydraulischen Eignung die Anforderungen der Klassen BM-0/BM-0\* bzw. BG-0/BG-0\* zu erfüllen. Abweichungen hierfür bedürfen einer vorherigen Einzelfallentscheidung durch die untere Wasserbehörde.
- 4.15. Die Umsetzung der Anforderungen nach Pkt. 4.13 und Pkt. 4.14 der Nebenbestimmungen sind nachvollziehbar zu dokumentieren, die zugehörigen Unterlagen sind auf Verlangen der unteren Wasserbehörde und/oder der unteren Abfallbehörde vorzulegen.

## 5. Gültigkeit

Die Erlaubnis erlischt, wenn die Maßnahmen nicht innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach Eintritt der Bestandskraft dieser Entscheidung begonnen wurden oder wenn sie länger als 2 Jahre unterbrochen werden.

#### IV. Begründung

##### Sachverhalt

Mit Schreiben vom 19.08.2025 hat das Amt für Gebäudemanagement, Löberwallgraben 19/20, 99096 Erfurt die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser der Weg-, Verkehrs-, Park- und Dachflächen in den Untergrund auf dem Grundstück Vollbrachtstraße, 99089 Erfurt, Gemarkung Ilversgehofen, Flur 10, Flurstück 4/87 bei der unteren Wasserbehörde (uWB) beantragt.

##### Rechtsgründe

Die Stadtverwaltung Erfurt, uWB, Umwelt- und Naturschutzamt, ist gemäß § 3 Abs. 1 des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 2014 (GVBl. S. 685), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212) örtlich und gemäß § 61 Abs. 1 des ThürWG sachlich zuständig für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis.

Das Einleiten von Niederschlagswasser in den Untergrund stellt im vorliegenden Fall eine erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung nach § 8 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 9 Abs. 1 Ziff. 4, 10 Abs. 1 und 57 WHG in dar. Gewässer sind gemäß § 6 WHG nachhaltig zu bewirtschaften, mit dem Ziel, ihre Funktions- und Leistungsfähigkeit als Bestandteil des Naturhaushaltes durch Schutz vor nachteiligen Veränderungen der Gewässereigenschaften zu erhalten, sie zum Wohl der Allgemeinheit und im Einklang damit auch im Interesse Einzelner zu nutzen und Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser ist gemäß § 54 Abs. 1 Ziff. 2 WHG Abwasser. Nach § 57 Abs. 1 WHG darf eine Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer nur erteilt werden, wenn die Menge und Schädlichkeit so geringgehalten wird, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist und die Einleitung mit den Gewässereigenschaften und sonstigen rechtlichen Anforderungen vereinbar ist.

Bei der pflichtgemäßen Ermessensausübung war zu prüfen, ob die Einleitung von Niederschlagswasser in den Untergrund zu einer Beeinträchtigung des Grundwassers führen kann.

Laut Antrag soll das auf den Weg-, Park- und Dachflächen (insgesamt ca. 544 m<sup>2</sup> abflusswirksame Fläche) anfallende Niederschlagswasser über eine Rigole in den Untergrund versickert werden. Entsprechend der Auslegungsnormative des gültigen Regelwerks bedarf es hierzu einer Rigole mit einem Speichervolumen von 25,7 m<sup>3</sup>. Gemäß dem Baugrundgutachten des Ingenieurbüros für Baugrund Erfurt GbR vom 29.04.2019 ist die Durchlässigkeit der anstehenden Kiesschicht im Untergrund für eine Versickerung geeignet. Die Versickerungsanlage ist in der Schicht B (aufgefüllte Kiese) vorgesehen. Die Einbindung der Sohle der Rigole wird bis in die darunterliegende Schicht C (Terrassenschotter) eingebunden.

Die Bewertung gemäß Merkblatt DWA-M 153 hat ergeben, dass eine stoffliche Vorbehandlung des anfallenden Niederschlagswassers mittels Sedimentationsanlage erforderlich ist. Die Vorbehandlung erfolgt über eine Sedimentationsanlage der Fa. Rehau (SediClean Typ S DN 1000). Die Berechnung zur Dimensionierung der Rigole und zur Bemessung der Vorbehandlungsanlage wurden vorgelegt.

Nach § 48 Abs. 1 WHG darf eine Erlaubnis für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser nur erteilt werden, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

Die abflusswirksame Fläche des neuen Einkaufs- und Versorgungszentrums beträgt mehr als 800 m<sup>2</sup>. Daher ist gemäß technischem Regelwerk (DIN 1986-100) ein Überflutungsnachweis erforderlich. Das benötigte Rückhaltevolumen für ein 30-jähriges Regenereignis beträgt ca. 10,5 m<sup>3</sup>. Diese Anforderung wird durch die geplante Rigole erfüllt.

Im vorliegenden Fall ist die Versickerungsanlage an einem Standort geplant, an dem eine Kiesgrube aufgefüllt wurde. Nach den bestehenden Analysenergebnissen beschränken sich diese Verunreinigungen maßgeblich auf das Auffüllungsmaterial des oberen Bodenhorizontes. Ein unmittelbarer Sanierungsbedarf im Sinne des Bodenschutzrechts zur Gefährdungsabwehr ist für diese Fläche jedoch nicht gegeben.

Eine Kontamination des Untergrundes unterhalb der geplanten Rigole ist daher weniger wahrscheinlich. Trotzdem ist es notwendig, die baubegleitende Prüfung der Schadstoffbelastung in dem Baugrubenbereich durchzuführen (vgl. Pkt. 4.13. der Nebenbestimmungen).

Aus wasserwirtschaftlicher und wasserrechtlicher Sicht ist die Einleitung von Niederschlagswasser in den Untergrund im beantragten Rahmen erlaubnisfähig.

Unter Einhaltung der aufgeführten Bedingungen und Auflagen wird mit vorliegendem Bescheid daher antragsgemäß die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser in den Untergrund erteilt.

Die übrigen Nebenbestimmungen sind im Einzelnen aus sich heraus verständlich und bedürfen nach § 39 Abs. 2 Ziff. 2 ThürVwVfG keiner zusätzlichen Begründung.

Die unter Ziffer III. festgelegten Nebenbestimmungen sind gemäß § 13 WHG zulässig. Die Nebenbestimmungen sind nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und des hier gegebenen Interesses auch aus dem Aspekt der Gewässerreinigung in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens der Genehmigungsbehörde erforderlich. Sie sind im Einzelnen aus sich heraus verständlich und bedürfen nach § 39 Abs. 2 Ziff. 2 ThürVwVfG keiner zusätzlichen Begründung.

Aus wasserwirtschaftlicher und wasserrechtlicher Bewertung ist im vorliegenden Fall daher die Einleitung von Niederschlagswasser in den Untergrund unter Einhaltung der aufgeführten Bedingungen und Auflagen erlaubnisfähig. Dem entsprechend wird antragsgemäß die wasserrechtliche Erlaubnis zur Einleitung von unbelastetem Niederschlagswasser in den Untergrund erteilt.

#### Kostenentscheidung

Der Antragsteller entspricht einer kommunalen Körperschaft. Die Kostenentscheidung beruht damit auf § 3 Abs. 1 Nr. 3 HS. 1 des Thüringer Verwaltungskostengesetzes (ThürVwKostG).

#### **V.**

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist an die Landeshauptstadt Erfurt, Stadtverwaltung, Umwelt- und Naturschutzamt, Stauffenbergallee 18, 99085 Erfurt, zu richten. Er kann schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift erhoben werden.

Hinweis: Die Einlegung des Widerspruchs mittels einfacher E-Mail genügt hingegen nicht den Anforderungen an die Schriftform.

## VI. Hinweise

1. Diese Entscheidung ergeht unbeschadet etwaiger anderer notwendiger behördlichen Genehmigungen sowie Rechte Dritter.
2. Die wasserrechtliche Entscheidung ist anlagenbezogen und nicht an die Person des Antragstellers gebunden.  
Im Falle der Veräußerung, Vermietung oder sonstiger rechtsgeschäftlicher Übertragung ist dieser Bescheid dem Rechtsnachfolger in geeigneter Weise bekannt zu geben.
3. Der Eigentümer/Betreiber haftet für alle Schäden, die durch Nichterfüllung von gestellten Nebenbestimmungen sowie durch Nichteinhaltung gesetzlicher Bestimmungen entstehen.
4. Die Erlaubnis befreit nicht von der Haftung für Änderungen der Beschaffenheit des Wassers gemäß § 89 WHG.
5. Der Bescheid entbindet nicht von der Erfüllung der sich aus anderen Rechtsvorschriften ableitenden Pflichten.

gez. Britos  
Sachbearbeiterin

### Verteiler:

Original	Wasserbuch
1. Ausfertigung	Adressat
2. Ausfertigung	untere Wasserbehörde
Kopie (per E-Mail)	Bauamt, Abteilung
Kopie (per E-Mail)	Entwässerungsbetrieb